

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920**

290 (23.10.1920) Erstes Blatt





in den letzten Tagen bezogen worden. Die Zivilkammer des Landgerichts, die Strafkammer wie auch das Schöffengericht halten in den neuen Räumen ihre Sitzungen ab.

Freiburg, 21. Okt. Der Christlich-sozialer Textilarbeiterverband hielt hier seine diesjährige Bezirkskonferenz ab, die von 84 Delegierten aus ganz Baden besucht war. Auch der Zentralvorstand hatte einen Vertreter entsandt. Dem von dem Bezirksleiter E. Rümmele-Vörrath erhaltene Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß vor dem Krieg die badische Textilindustrie 31 000 Arbeiter beschäftigte; mit der Hausindustrie waren es insgesamt 40 000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Heute dürften in 100 badischen Textilbetrieben noch rund 20 000 Arbeiter vorhanden sein. Eingehend erörtert wurden so dann wirtschaftliche und gewerkschaftliche Fragen, ferner die Frage der Betriebsräteorganisation und hiernach eine Entschließung angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, dafür zu sorgen, daß die Preise für die notwendigen Lebensmittel, wie Kartoffeln, Obst, Fleisch, Fett, Brot, Milch usw. auf eine normale Höhe beschränkt werden.

Neustadt i. Schw., 22. Okt. Im Garten stürzte der Landwirt Heinrich Freuder vom Heuboden in die Tenne und erlitt so schwere Verletzungen, daß er starb.

Karlsruher Bürgerausschuß.

(Eigener Bericht.)

Bei Beginn der gestrigen Beratungen waren 70 Mitglieder anwesend.

Bürgermeister Schneider beantwortete zunächst eine Anfrage wegen Räumung von Wohnungen.

Stadtver. Kruse (U.S.) macht bei Besprechung des ersten Punktes

Darlehen an die Gemeinnützige Beschäftigungsgesellschaft

eine Reihe von Bedenken geltend. Es sei u. a. keine Gewähr gegeben, ob das Unternehmen ohne Profit arbeiten wird und es scheine, als ob die Beteiligung der Stadt nur dazu dienen solle, ein etwaiges Defizit zu decken.

Bürgermeister Sauer macht den Vorschlag darauf aufmerksam, daß er keine Einwendungen bei der ersten Beratung der Vorlage hätte machen sollen. Außerdem seien die vorgeschlagenen Einwendungen nicht stichhaltig. Die Einrichtung soll hauptsächlich erwerbsbedürftigen, nicht erwerbsfähigen Personen zugute kommen.

Stadtver. Fasbender (F.) weist es zurück, daß hier eine Einrichtung zur kapitalistischen Ausbeutung vorliege. Er begriffe besonders die Einführung der Spannforscherei.

Stadtver. Böhlinger (S.) begrüßt die Neuentrichtung und hofft, daß sie gegenständig wirken möge.

Stadtver. Böhm (S.) bestirmt einen niedrigeren Holzpreis.

Nach Bemerkungen von Bürgermeister Sauer wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Ueber die zunächst geplanten Tätigkeitsgebiete berichtet die Gesellschaft, an der sich die Stadt mit einem Darlehen von 200 000 M. beteiligt, folgendes:

Es ist zunächst geplant, die bisher vom städtischen Maschinenbauamt im Gebäude der Exerzierhalle betriebene Holzzerleinerung zu übernehmen. Der Betrieb ist in der Weise gedacht, daß das der Gesellschaft zugewiesene Holz gesägt und gespalten an die Bevölkerung zur Ausgabe gelangt. Um recht vielen erwerbsbedürftigen und erwerbsfähigen Personen Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, soll das Spalten des Holzes nicht mit der Maschine, sondern durch Handarbeit erfolgen. Insbesondere soll aber die Verarbeitung zu Ansenholz in möglichst großem Umfang betrieben werden. Verbunden mit der Holzzerleinerung soll eine Stelle für Uebernahme von Gleitblecharbeiten eingerichtet werden. Weiter soll die Errichtung einer Spannforscherei, die einer größeren Zahl erwerbsbedürftiger Personen Arbeitsgelegenheit bieten soll, erfolgen. Die Vorarbeiten hierfür sind im Gange. In diesen Betrieben sollen vorerst etwa 150 Personen beschäftigt werden. Dazu ist erläuternd zu bemerken, daß das der Gesellschaft zugewiesene Holz sofort zu beschaffen ist, und daß für Zufuhr, Verarbeitung und Verkauf mit einem Zeitraum von 6 Monaten gerechnet werden muß. Bei der Spannforscherei ist angenommen, daß der Absatz fertiger Erzeugnisse in größerem Umfang erst im kommenden Frühjahr möglich sein wird, daß also bis dahin in der Hauptsache auf Vorrat gearbeitet werden muß. Es müssen daher der Gesellschaft außer ihrem Stammkapital weitere Betriebsmittel darlehensweise zur Verfügung gestellt werden. Der Stadtrat glaubt es recht, die Gewährung eines Zuschusses von 200 000 M. vorzuschlagen. Die im Gesellschaftsvertrag begründete Berufung zweier Stadträte und eines städtischen Beamten und das durch die Höhe der Stammeinlage gewährte Hebergewicht der Stadt in der Gesellschafterversammlung sichern ihr den ausschlaggebenden Einfluß. Das andererseits die rasche Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten durch die Gesellschaft heute ein dringendes Bedürfnis ist, bedarf wohl keiner weiteren Begründung. Nennenswertes kann sie aber nur leisten, wenn ihr die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Mit den angeforderten 200 000 M. wird nur ein Teil des für die Gesellschaft notwendigen Betriebskapitals aufgebracht. Die weiteren Gelder sollen aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge geleistet werden. Der Stadtrat hat bereits beim badischen Arbeitsministerium die Gewährung eines Zuschusses von 200 000 M. an die Gesellschaft beantragt.

Änderung des Gemeindebeschlusses über die Erhebung der Gebühren für die Ortsbaukontrollen.

Stadtver. Deines (Dem.) kommt auf die Laiken des Hausbesitzes zu sprechen, die ganz erheblich liegen. Die Laiken der Mieterschafts-Eigentümer sind so groß, daß sie von diesen allein nicht mehr getragen werden können. Die Mieter müssen mit herangezogen werden. Die Hausbesitzer seien heute die Steuerheber der Stadt geworden. Das ist kein gutes Verhältnis. Ein Ver-

spiel, das gelegentlich von Erhebungen zutage trat, tut dar, daß bei einem Haus von 100 000 M. Wert die Laiken von 7000 auf 9000 M. gestiegen sind. Der neue Entwurf eines Mietgesetzes treffe ungefähr das Richtige. Eine offene Berechnung der Kosten des Hausbesitzes sei zu empfehlen. Schließlich regt der Redner die Bildung einer Kommission an, die die Frage mit dem Stadtrat, Interessenten usw. zur Entscheidung bringen soll. Er ist überzeugt, daß das Verhältnis zwischen Vermieter und Mieter besser werden wird.

Bürgermeister Schneider erklärt, daß Abgaben, bei denen das Geschick möglich ist, schon auf die Mieter abgewälzt werden (Müllabgaben). Die harte Veränderlichkeit der Gebühren mache eine allgemeine Regelung notwendig. Der Stadtrat wird eine Kommission berufen, die in geeigneter Zusammensetzung die Angelegenheit prüfen soll.

Die Vorlage wird angenommen; ebenso die Vorlagen über Änderung des Gemeindebeschlusses auf Bezug der Grundstückeigentümer zu den Kosten der unterirdischen Abwasserkanäle, Erhöhung der Steinsabgebühren und Vergütung der Mitglieder der amtlichen Schätzungs-Kommission. Die letztere Vorlage in der vom Stadtrat vorgeschlagenen Milderung.

Nach dem Gemeindebeschluss, der vom 1. Juli 1920 an wirksam sein soll, werden den Mitgliedern der Kommission folgende Gebühren zuzuschreiben: für jede Schätzung, wenn es sich um die Schätzung unbebauter Grundstücke aller Art oder um die Schätzung von bebauten Grundstücken mit einem Wert bis einschließlich 150 000 M. handelt, Vorstehende 10 M. und anderen Mitgliedern je 5 M.; wenn es sich um die Schätzung bebauter Grundstücke von mehr als 150 000 M. Wert handelt, der Vorstehende 10 M. die übrigen Mitglieder je 8 M.

Stadtver. Deines (D.) bestirmt als Mitglied der Baukommission eine entsprechende Aufwandsentschädigung. Darauf wird die Vorlage angenommen.

Ferner beschließt das Kollegium den Beitritt der Stadtgemeinde zum Giroverband badischer Gemeindeparkassen.

Erwerbung der Dampfseilerei Rappnawörth.

Der Stadtrat schlägt vor, das auf dem Rappnawörth gelegene Anwesen der Dampfseilerei Rappnawörth, G. m. b. H. in Liquidation, mit einem Gesamtflächeninhalt von 15 Hektar 64 Ar 73 Quadratmeter anzukaufen. Der Kaufpreis in Höhe von 137 000 M. einschließlich Kaufkosten und Steuern soll aus Anlehensmitteln bestritten werden.

Bürgermeister Schneider empfiehlt die Vorlage als einen weiteren Schritt in der von der Stadt verfolgten Bodenpolitik.

Stadtver. Weis (D.M.) bezieht sich auf Anwesen als eine entlegene Zucht, die die erwünschten Verkehrswege nicht aufzuweisen habe und demzufolge auch den geforderten Preis nicht wert sei. Der Bürgerausschuß solle einen geeigneteren Zeitpunkt abwarten und dann dem Kauf wieder näher treten.

Bürgermeister Schneider zerlegt diese Bedenken, indem er mitteilt, der ganze Gelände-komplex könne heute schon so günstig verpachtet werden, daß kein Verlust für die Stadt entstehe.

In der Debatte sprechen weiter Stadtver. Kruse (U.S.) und Stadtver. Müller-Wirb (Soz.)

Stadtver. Pfeiff (D.) ist der Meinung, der Kauf sei heute zu empfehlen, da die Grundstückspreise noch weiter steigen werden. Namens seiner Fraktion erklärt er sich für die Vorlage.

Nach weiteren Bemerkungen des Stadtver. Weis (D.M.) und von Oberbürgermeister Jinter wird die Vorlage mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgen die Vorlagen auf Erwerbung der Grundstücke Lgb.-Nr. 7852/53 u. a. und Erwerbung der Grundstücke Lgb.-Nr. 5109/08 und 8015/17, Lgb.-Nr. 7542/44, die aufgegeben werden.

Bei Beratung der Vorlage Erwerbung der Anwesen Karl-Friedrichstraße 21 und 22 erklärt Bürgermeister Schneider, der Kauf sei zur Erweiterung städtischer Büros notwendig.

Stadtver. Vorstand D. Frey teilt mit, der Stadtverordneten-Vorstand sei in der Sache nicht ganz einig gewesen, habe aber schließlich doch der Vorlage zugestimmt.

Nach Ausführungen der Stadtver. Wittmann (S.), Töpfer (S.) wird die Vorlage angenommen.

Auch dem Verkauf des Grundstücks Lgb.-Nr. 10408 an den Bahnarbeiter Steuervald wird zugestimmt.

Erweiterung des Kabelnetzes und Vermehrung der Hochspannungstransformatoren.

Die Vorlage verlangt zur Beschaffung und Aufstellung von Transformatoren und Erweiterung des Kabelnetzes eine Erhöhung des leistungsfähigen Kredits von 500 000 auf 2 Millionen Mark unter Verlängerung der Verwendungsfrist bis 31. März. Der neue Kredit in Höhe von 1 1/2 Millionen wird aus Anlehensmitteln gedeckt.

Bürgermeister Schneider macht zur Versorgung der Stadt mit Licht und Kraft erforderliche Mittelangaben. Danach hat sich die Entwicklung sehr günstig gestaltet, so daß für den Winter größere Einschränkungen nicht zu befürchten sind.

Die Vorlage wird ohne weitere Debatte angenommen.

Gemeinschaftstaxi mit der Albtalbahn.

Bürgermeister Schneider führte aus, es sei ein schwerer Einbruch gewesen, 80 000 M. Verlust der Straßenbahn mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse in einem bestimmten Stadtteil feststellen zu müssen. Aber eine gewisse Verpflichtung habe die Stadt Karlsruhe auch gegenüber Müppurr. Es sei zu hoffen, daß die schwebenden Verhandlungen mit der Albtalbahn der Stadt einen größeren Einfluß auf die Gestaltung des Betriebs gewähren.

Stadtver. Böhm (S.) sagt die Zustimmung seiner Fraktion zur Vorlage bekannt und äußert, man hätte die Albtalbahn sollen enteignen dürfen, weil sie den Verkehrsbedürfnissen nicht Rechnung getragen habe.

Auch diese Vorlage wird angenommen.

Fortschreibung der Straßenbahn nach Weiertheim.

Bürgermeister Schneider bedauerte, daß die Verkehrsziffern keine Rentabilität erhoffen lassen, aber auch hier bestehe eine alte Schuld einem Vorort gegenüber.

Stadtver. Erb (D.) beklagte, daß die Linie durch die Kapellenfrage noch nicht in Betrieb sei und wünschte, daß auch Rinkheim bald in den Genuß einer elektrischen Linie komme.

Nach Bemerkungen des Stadtver. Rieger (S.) wurde auch diese Vorlage angenommen.

Um 6 Uhr war die Sitzung beendet.

Aus dem Stadtkreise.

Der Kampf um die Wasserstraßen.

In einer am Freitag abend von dem Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und dem Ortskartell der freien Angestellten-Organisationen in den kleinen Saal der Festhalle einberufenen Versammlung sprach Prof. Endreß-Mannheim in einem zweifelhafteu Bildvortrag über die Bedeutung der Wasserstraßen für den Binnenverkehr und den Wiederaufbau unserer Wirtschaft mit besonderer Berücksichtigung der Verbindungen des Rheins mit der Donau über den Nedar und den Main. Uns einen eingehenderen Bericht vorbehaltend, sei zunächst nur die E n t s c h l e u n g mitgeteilt, die am Schluß der Versammlung einstimmig angenommen wurde.

Sie lautet: 1. Die Versammlung erhebt Protest gegen den Versuch Frankreichs, die freie Schifffahrt auf dem Oberrhein durch Entnahme von Rheinwasser zu hemmen und unterstützt lebhaft die deutschen, schwizerischen und holländischen Bestrebungen auf Aufrechterhaltung der freien Rheinschifffahrt. 2. Die Versammlung verlangt dringend im Interesse der produktiven Erwerbslosenfürsorge die Bereitstellung erheblicher Mittel für den alsbaldigen Ausbau der Wasserkräfte Süddeutschland. 3. Die Versammlung verlangt den Ausbau des Nedars als Großschiffahrtsstraße in solchen Ausmaßen, daß sie als vollwertige Schifffahrtsstraße zur Verbindung des Rheins mit der Donau gelten kann.

300jährige Gedenksfeier der Gründung des Leibgarde-Inf.-Regts. (I. Groß. Bstl.) Nr. 115 am 11. März 1921 in Darmstadt. Am 11. März 1921 feiert das Leibgarde-Inf.-Regt. Nr. 115 in Darmstadt als ältestes Regiment das Jubiläum seines 300jährigen Bestehens. Doch soll den veränderten Verhältnissen Rechnung getragen werden und nur eine schlichte Gedenksfeier stattfinden, in deren Mittelpunkt die Grundsteinlegung eines Denkmals steht, das dem Regiment gewidmet ist und die Namen der Gefallenen von drei Jahrhunderten tragen wird. Um diesen Mittelpunkt sollen sich dann ein großer Regimentsappell, Festgottesdienst, ein Festspiel im Theater u. a. gruppieren. Es hat sich ein Jubiläumsausschuß gebildet, der die Vorbereitung der geplanten Gedenksfeier in die Hand nehmen wird. Um die erforderlichen Geldmittel aufzubringen, werden alle alten Kameraden und Freunde aufgefordert, ein Scherlein zu geben (Festgeldkonto „Jubiläumsausschuß des Leibgarde-Inf.-Regts.“ Nr. 62775 beim Postamt in Frankfurt a. M.). Um Einladungen an alle Kameraden des Regiments ergeben lassen zu können, bittet der Ausschuß um genaue Angabe von Adressen (Oberst. a. D. v. Frankenberg und Rudwigsdorf, Darmstadt, Heidelbergstraße 132).

Chronik der Vereine.

Der Verein für Bewegungsspiele hielt am 21. d. M. in seinem Vereinslokal „zum Kaisergarten“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, die sich eines ausserordentlichen Erfolges zu erfreuen hatte, als der 1. Vorsitzende des Vereins Herr Julius F r i s u. a. um 8.30 Uhr die Versammlung eröffnete. Von der reichhaltigen Tagesordnung interessierte vor allem der Kassenbericht des Kassiers Rudolf S o b i s, aus dem zu ersehen war, wie reichhaltig die Kassenhaltung des Klubs und der Vereine, sowie die Eisenbahnfahrgelei für die Spieler veranschlagt. In einem längeren Vortrag unterrichtete sodann der 2. Vorsitzende Herr K r o p f e r s c h m i d t die Mitglieder von der in beiderseitigem Einvernehmen und auf freundschaftlichem Wege erfolgten Auflösung des V. f. V. von Karlsruhe Turnverein 1916. Zum Schluß erwähnte Herr Sobis die anwesenden Spieler, unteren können Sport weiter in reinem Idealismus zu betreiben und ihn nicht mit dem Materielem zu verbinden. Um 12 Uhr schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

Terenstaltungen.

Handels-Hochschulfeste. Nächste Woche findet der Sonderanlass über Handelsgeographie statt. Es ist damit zum erstenmal der Versuch gemacht, durch Zusammenziehen der Vortragsreihe in den engen Rahmen einer Woche, die Vertiefung von Dozenten ferner gelehrter Hochschulen zu ermöglichen, was gerade bei dem wichtigsten Gebiete der Wirtschaftsgеоаравdie öfter erforderlich sein dürfte. Winatdosent Dr. P a u s s h o f e r war zwei Jahre als Generalkassoffizier nach Japan und China kommandiert; er ist der Verfasser des bekannten Buches über Japan, Das Nippon, und kennt Land, Leute und Wirtschaft gründlich aus eigener Erfahrung.

Vorträge. Am Sonntag, 24. Okt., nachmittags 4 1/2 Uhr, hält Herr E. D. S c h i l d h a u e r im Vogensaal, Gehelstraße 21, einen Vortrag über „Des Menschen Rat und Gottes Tat“. (Siehe die Anzeige.)

„Rüchenschab“. Dieses neue Sportgeschöpfchen zum Aufstecken auf den Rücken oder den zur Ersparrung von Brennmaterial und Gas, wird wie aus der heutigen Anzeige hervorgeht, durch den Hausfrauenbund im Betriebe vorgeführt. Allen Hausfrauen, die soziam wirtschaften wollen, wird empfohlen, diese Vorführung zu besuchen, um sich von der Zweckmäßigkeit äußerlich sparsamen Betriebs und großer Selbsterziehung zu überzeugen und durch Beschaffung desselben die großen Ankosten für Gas und sonstige Brennstoffe wesentlich zu ermäßigen.

Rückkehr der Kriegswaisenkinder usw. Bezirksgruppe Südhadt. Am Sonntag, den 24. Oktober, nachmittags 8 Uhr, findet im Apollo-Saal, Marienstraße 16, eine Verköstigung, verbunden mit Glühwein und Ball, zugunsten der Weihnachtserziehung für die Kriegswaisen statt. (Siehe die Anzeige.)

Standesbuch-Ausgabe.

Beerdigungsweg und Trauerhaus erwachsener Verstorbener. Samstag, 23. Okt. 11 Uhr: Emma S c h a b i n g e r, Privatere von Durach (Beerdigung).

— 1/2 Uhr: Barbara S c h m i t t, Keulnerin, Jährigerstr. 18.

Letzte Nachrichten.

Die Verantwortlichkeit des Reichsernährungsministers.

(Eigener Drahtbericht.)

w. Berlin, 22. Okt. (Amtlich.) Auf Beschluss des Reichskabinetts hatte der Reichszugler am 16. d. M. den Reichsjustizminister und den Reichsfinanzminister damit beauftragt, die Sach- und Rechtslage hinsichtlich der gegen die Person des Reichsernährungsministers und seine Geschäftsführung erhobenen Vorwürfe festzustellen. Die Minister haben nunmehr die Prüfung abgeschlossen, ob und inwiefern die Anträge den Minister Dr. Hermes unbeschadet seiner staatsrechtlichen und politischen Verantwortlichkeit gegenüber dem Reichstag verhältnißmäßig betreffen. Auf Grund ihres Berichtes kam das Kabinett einstimmig zu dem Ergebnis, daß die persönliche Ehrenhaftigkeit des Ministers außer allem Zweifel steht.

Zulassung deutscher Schiffe zum freien Verkehr in belgischen Seehäfen.

(Eigener Drahtbericht.)

w. Koblenz, 22. Okt. Nach Mitteilung des belgischen Oberkommandos für das besetzte rhein. Gebiet hat die belgische Regierung deutsche Schiffe zum freien Verkehr in belgischen Seehäfen, insbesondere auch im Hafen von Antwerpen, zugelassen unter Vorbehalt der Bestimmungen des dem Justizministerium unterliegenden Sicherheitsdienstes.

Ein noch nicht zustande gekommener Vertrag.

(Eigener Drahtbericht.)

f. Köln, 22. Okt. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Düsseldorf: Gestern wurde die Meldung verbreitet, daß ein deutsch-russischer Vertrag über die Lieferung deutscher Lokomotiven unterzeichnet werde, sobald der Friede zwischen Rußland und Polen geschlossen sei. Es handelte sich um einen Auftrag in Höhe von 600 Millionen Goldmark; die Verteilung des Auftrages an die deutschen Lokomotivfabriken sei schon gergelt, auch bestehe über die Zahlungsbedingungen bereits volles Einverständnis. Dazu schreibt die „Deutsche Bergwerksztg.“: Wir sind in der Lage, mitzuteilen, daß diese Meldung insofern den Tatsachen entspricht, als Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland wegen Lieferung von Lokomotiven stattgefunden haben. Leider ist nicht damit zu rechnen, daß ein Vertrag in dem obigen Sinne in absehbarer Zeit zum Abschluß kommen wird. Die Verhandlungen waren schon ziemlich weit gediehen, sind dann aber wieder auf einen toten Punkt angelangt. Es haben sich Schwierigkeiten ergeben, deren Beseitigung nicht in der Macht Deutschlands liegt, so daß ein Zustandekommen des Vertrages für die nächste Zeit ausgeschlossen erscheint. Der Stein des Anstoßes ist auch hier wieder der Verfallter Friedensvertrag.

Aus den in letzter Zeit bekannt gewordenen zahlreichen Bestellungen deutscher industrieller Erzeugnisse von Seiten des Auslandes geht hervor, daß man die deutsche Arbeit in der Weltwirtschaft nicht entbehren kann. Die obige Meldung schließt übrigens die Summe der Verträge, die wir von Ausland hätten erlangen können, viel zu hoch. Nach unseren zuverlässigen Informationen handelte es sich um einen Auftrag von 1,8 Milliarden Papiermark oder 180 Millionen Goldmark. Es wäre aber doch ein gewaltiger Auftrag, der vielen deutschen Arbeitern Beschäftigung geben könnte.

Eine Aufforderung der Entente an Ungarn.

(Eigener Drahtbericht.)

w. Budapest, 22. Okt. In der heutigen Konferenz der Regierungsparteien teilte Ministerpräsident Graf Teleki mit, der ungarischen Regierung sei vom Obersten Rat durch die Entente-Kommission die schriftliche Aufforderung zugegangen, den Frieden bis zum 1. November zu ratifizieren.

Sinowjew.

(Eigener Drahtbericht.)

Stockholm, 22. Okt. Eine Delegation des Ausschusses der kommunistischen Partei begab sich zum Sekretär im Ministerium des Innern Palmstjerna und ersuchte um die Ermächtigung, Sinowjew durch Schweden nach Rußland zurückzuführen zu lassen. Die Ermächtigung wurde nicht erteilt.

Geistliche Mitteilungen.

In weit über eine Million von Bänden sind die Einzelausgaben von Andolf Herzogs Werken über die ganze Welt verbreitet. Auf die Anzeige der Buchhandlung Karl Hlod, Berlin S.W. 68, Kochstraße 9, sei aufmerksam gemacht.



Von heilwirkendem Einfluss bei Gicht, Rheumatismus, Nieren-, Blasen- und Harnleiden, Sodbrennen, Diabetes usw. Bei Diphtherie zur Abwendung von Folgeerscheinungen. Brunnenschriften durch das Fachinger Zentralbüro Berlin W 66, Wilhelmstr. 55.

